

## Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	7/2014
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	15. Juli 2014
Zeit:	19:00 Uhr – 22:25 Uhr
Ort:	Sitzungssaal im Rathaus
Vorsitz:	Bürgermeister Althoff
Mitglieder anwesend:	<b><u>CDU</u></b> Stadträtinnen Harant, Kaltschmidt, Oppelt, von Reumont, Stadträte Ch. Rupp und K. Rupp, <b><u>SPD</u></b> Stadträtin Betke-Hermann, Stadträte Bergsträsser, Berroth, Keller, Schimpf und Schubert <b><u>FW</u></b> Stadträtin Stephanie Streib, Stadträte Fritsch, Holschuh, Rehberger, KH Streib, Volk und Wachert <b><u>Grüne</u></b> Stadträtinnen Groesser und Wagenpfeil, Stadträte Katzenstein und Schwenk
weiter anwesend:	ausscheidende Stadträte Eisenhauer, Fischer, Hohlwein, Hertel, Schmitz-Günther und H. Streib (im Zuhörerraum)  Ortsvorsteher Hoffmann (Dilsberg) Herr Arnold (Amt 20), Frau Lutz (Amt 65), Herr Heid (Amt 32)
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtin Endler
Urkundspersonen:	Stadträte Holschuh und K. Rupp
Sachvortrag:	Frau Polte (zu TOPs 5 und 6), Frau Lutz (zu TOP 10), Herr Arnold (zu TOP 11)
Schriftführerin:	Frau Polte

## FRAGESTUNDE

Eine Kleingemünder Bürgerin erkundigt sich, ob die Verwaltung die Möglichkeit sehe, in Zusammenarbeit mit der Bahn am Bahnhof eine öffentliche Toilette einzurichten. Der Bürgermeister antwortet, das Thema beschäftige die Stadt schon seit Jahren. Zu Zeiten seines Vorgängers habe die Stadt für eine sechsstellige Summe eine WC-Anlage gebaut, in der Folgezeit musste diese erneut für einen erheblichen Betrag saniert werden. Nach diesen negativen Erfahrungen habe der Gemeinderat mit großer Mehrheit dagegen entschieden, mit städtischen Geldern ein öffentliches WC am Bahnhof zu bauen. Es könne nicht angehen, dass die Neckargemünder Bürgerschaft solch hohe Kosten für die Bahnreisenden übernehme. Man habe in der Vergangenheit bereits zahlreiche Gespräche mit der Bahn in dieser Angelegenheit geführt, und sei auch weiterhin bereit dies zu tun. Allerdings stelle sich die Bahn stur – nicht nur in Neckargemünd, sondern auch in anderen Gemeinden – und sei nicht bereit, mit bescheidenen Mitteln in die vorhandene Infrastruktur am Bahnhof (das ehemalige Bahnhofsrestaurant stehe schon seit Jahren leer) zu investieren. In diesem Zusammenhang sei leider auch die Sauberkeit an den Bahnhöfen zu sehen.

Die Bürgerin fragt weiter, ob bei der Stadt bekannt sei, dass der Briefmarkenautomat neben dem Briefkasten an der Post abmontiert worden sei. Die Verwaltung wisse davon nichts, so der Bürgermeister, man wolle der Sache aber nachgehen.

Eine Anwohnerin der Hirschgasse, Neubürgerin seit 2 ½ Jahren, spricht das Parken in der Hirschgasse an. Dort bestehe laut Beschilderung ein „eingeschränktes Halteverbot, ausgenommen markierte Flächen“. Da diese Flächen grundsätzlich für die Anwohner nicht ausreichen, hätten diese sich zusammengetan und gemeinsam eine Lösung für die knappen Parkplätze gefunden, so dass alle damit leben könnten, z.B. auch Parken vor Garagen, die nicht für Autos benutzt werden, und andere unkonventionelle Alternativen. Es sei eine gütliche Lösung, niemand werde behindert. Nun sei der städtische Ordnungsdienst durch die Straße gegangen und habe zahlreiche Strafzettel verteilt. Die Anwohnerschaft würde das betreffende Schild gerne beseitigt haben. Sie persönlich, und die Nachbarn, hätten in der Sache bereits zahlreiche E-Mails an Herrn Heid geschickt, aber keine Antwort erhalten. Herr Heid bestätigt den Eingang der E-Mails. Vor einer Beantwortung habe er zunächst mit dem Vollzugsbediensteten die Situation besprochen – die angesprochene Parkregelung treffe zu. Der Ordnungsdienst sei nicht aus eigenem Antrieb in die Hirschgasse gegangen, sondern infolge von Anregungen aus der Bevölkerung bezüglich der zugeparkten Straße. Er wolle mit der Straßenverkehrsbehörde, die als zuständige Stelle die Beschilderung verfügt habe, prüfen, ob das Schild noch erforderlich ist. Der Bürgermeister gibt zu bedenken, dass man alle Anwohner berücksichtigen müsse – es gebe auch gegenläufige Meinungen. Die Bürgerin berichtet, sie habe eine Unterschriftenliste angelegt, auf der die große Mehrheit der Anwohner unterschrieben habe. Diese werde sie der Stadtverwaltung zuleiten.

Vor Eintritt in die Sitzung übermittelt Stadtrat Schimpf Grüße aus der Partnerstadt Missoula, die er Anfang Juli besucht habe. Er habe ein Gespräch mit Bürgermeister Engen, dem Leiter des Cultural Council, Jerry Fetz und Hiltrud Arens von der Universität von Montana geführt. In Missoula strebe man an, den letztes Jahr ins Rutschen gekommenen Schüleraustausch wieder zu beleben. Der Bürgermeister habe das dortige Schulamt eingeschaltet, damit mehr Deutschunterricht angeboten werde.

1: **Genehmigung des Protokolls Nr. 6/2014 vom 24. Juni 2014**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Gemeinderäten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

Auf Anregung von Stadtrat Katzenstein ist auf S. 12 des Protokolls, TOP 10.3, im letzten Satz der Halbsatz in der Klammer zu streichen.

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird mit einer Änderung, vorbehaltlich der Zustimmung der für die heutige Sitzung entschuldigten Protokollperson, Stadträtin Endler, genehmigt.

2: **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung Nr. 7 vom 24.06.2014 gefassten Beschlüsse**

2.1: **Sachvortrag:**

Der Bürgermeister gibt die Beschlüsse der nichtöffentlichen Sitzung entsprechend der Vorlage bekannt. Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

2.2: **Beratung:**

2.3: **Beschluss:**

3: **Verabschiedung der ausscheidenden Mitglieder des Gemeinderates**

3.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Bürgermeister führt aus, im Zuge der Kommunalwahlen habe es einige Verschiebungen gegeben. 6 Stadträte werden dem Gremium nicht mehr angehören, die sich in den vergangenen 5 Jahren und darüber hinaus stark für die Stadt Neckargemünd engagiert hatten. In der letzten Wahlperiode seien zahlreiche Projekte umgesetzt worden, die die Lebens und Wohnqualität in Neckargemünd vorangebracht hatten – verbunden mit sehr viel Sach- und Facharbeit in den städtischen Gremien: etwa der Umbau der Hauptstraße, das Ende der Fertigstellung der Umgehungsstraße, man habe das 2. Sanierungsprogramm Altstadt begleitet, das Güterbahnhofareal entwickelt, die Münzenbachhalle saniert, das Baugebiet Kleingemünd auf den Weg gebracht, Dreikreuzweg und Mühlrain saniert, die Feuerwehr modernisiert, ein Verkehrskonzept erarbeitet, den Klimaschutz vorangebracht, die Kleinkindbetreuung ausgebaut, den Erwerb des Stromnetzes auf den Weg gebracht, die Kläranlage Dilsbergerhof stillgelegt, den Hort an der Grundschule Dilsberg/ Mückenloch ausgebaut, die Burgbühne hergerichtet, Rathaus und Mehrzweckhalle in Waldhilsbach saniert, erheblich in die Mückenlocher Feuerwehr investiert, die Kirchberghalle modernisiert. Trotz stets knapper Kasse habe man sehr gut für die Bürgerschaft gearbeitet.

### 3.2: **Beratung:**

Im Anschluss würdigt der Bürgermeister die Verdienste der ausscheidenden Stadträte, charakterisiert die Schwerpunkte ihrer politischen Arbeit, dankt ihnen für die Mitarbeit im Gremium, auch im Namen der Verwaltung, und gibt der Hoffnung Ausdruck, die ehemaligen Stadträte mögen weiterhin engagiert am örtlichen Leben beteiligt sein und mit Verwaltung und Gemeinderat einen guten Kontakt pflegen.

Herr Alexander Fischer, CDU, 2012 für Stefan Wiltschko ins Gremium nachgerückt, habe stets die Dilsberger Belange vertreten. Sein technischer Sachverstand sei dem Gemeinderat sehr zunutze gekommen. Ein eher ruhiger Charakter, habe er stets sachorientiert, überlegend, ergänzende Ausführungen in die Diskussionen eingebracht. Er scheidet auf eigenen Wunsch aus, da die Gremiumsarbeit neben der beruflichen Beanspruchung eine zu hohe Belastung sei.

Herr Hermann Streib, FW, sei die gesamte letzte Wahlperiode im Gemeinderat gewesen, habe seine Schwerpunkte in den Bereichen Tourismus, Vereinsarbeit und Stadtentwicklung gesehen. Er habe stets starke Präsenz in der Stadt gezeigt, sei durch seine große Erfahrung in der Vereinsarbeit stets ganz nahe bei den Wünschen und Bedürfnissen der Ehrenamtlichen gewesen, und habe diese Kenntnisse ins Gremium eingebracht. Als verlässlicher, verbindlicher Charakter habe er stets das Wohl der gesamten Bürgerschaft im Auge gehabt.

Herr Jens Hertel habe seit 2004 dem Gemeinderat angehört und sich über seine Tätigkeit im Stadtjugendring als wichtiges Bindeglied zu den Interessen der Schüler und Jugendlichen gezeigt. So habe er sich schwerpunktmäßig für die Jugendarbeit, den ÖPNV, das städtebauliche Erscheinungsbild der Stadt engagiert. Da er selbst im Zentrum der Altstadt wohne, habe er kurze Wege vor Ort gehabt, als Beobachter und Teilnehmer des Lebens inmitten der Stadt gewirkt – dies werde dem Gemeinderat künftig fehlen. Es sei sehr wichtig, dass er seinen Sachverstand künftig weiterhin in gemeinderätlichen Kommissionen und Ausschüssen zur Verfügung stellen werde.

Herr Thomas Schmitz-Günther habe 25 Jahre lang, 5 Wahlperioden, im Gemeinderat gewirkt, sei in der letzten Wahlperiode zugleich stellvertretender Bürgermeister gewesen. Mit ihm verliere der Gemeinderat ein politisches Schwergewicht. Thomas Schmitz-Günther habe sich enorm engagiert, war ständig in der Stadt präsent, zudem stark aktiv in den städtischen Vereinen, insbesondere der NKG, dem Schwimmbadförderverein, Kulturverein und „Liederkranz“, sowie ein begeisterter Förderer der Städtepartnerschaft mit Evian. Als exzellenter Rhetoriker habe er stets standhaft für seine Überzeugungen gekämpft und sich im Gemeinderat vor allem für Bauen und Stadtentwicklung, für Bauökologie verbunden mit Klimaschutzzielen, für das Naturbad, für Stadtmarketing und Tourismus, für eine gute Kinderbetreuung und die Umsetzung der Bürgergesellschaft engagiert. Er habe stets leidenschaftlich in der Sache, aber nie nachtragend agiert, und zahlreiche gute Ideen eingebracht, die im Gremium umgesetzt wurden (z.B. Busbahnhof), zugleich stets das Wohl der gesamten Bürgerschaft im Auge gehabt. Er könne mit Stolz zurückblicken auf seine Leistungsbilanz.

Mit Herrn Lothar Eisenhauer verlasse ein Urgestein des Neckargemünder Gemeinderates das Gremium. Seit 1975 Mitglied des Gemeinderates, habe er sich stets stark engagiert für die Städtepartnerschaften, und habe in den Vereinen (Vorsitz des Schwimmbad-Fördervereins, aktiv in der Kolpingfamilie und allen Mückenlocher Vereinen) sowie im Gemeinderat ein enormes zeitliches Pensum zum Wohl der Neckargemünder Bürgerschaft erbracht. Seine treue Wählerschaft habe er nicht nur in Mückenloch, sondern auch in Kleingemünd gehabt.

Lothar Eisenhauer sei mit Leib und Seele Kommunalpolitiker gewesen, stark für die Entwicklung des Stadtteils Mückenloch engagiert, sowie ein genauer Beobachter auch der kleinen Dinge, die sich in der Stadt abspielen. Auch die Arbeit im Ausschuss für Bau, Umwelt, Verkehr sei ihm sehr wichtig gewesen. Lothar Eisenhauer habe die Entwicklung der Stadt 39 Jahre lang mitgeprägt, dabei stets zuverlässig und loyal gegenüber der Bürgerschaft und dem Gemeinderat.

Der Bürgermeister überreicht den Ausscheidenden ihre Urkunden sowie Sachgeschenke (jeweils einen Wappenkrug und einen in der Höhe an der Dauer der Gremiumsmitgliedschaft orientierten Gutschein).

Stadträtin von Reumont und Stadtrat Rehberger geben jeweils persönliche Erklärungen ab: beide geben den Fraktionsvorsitz in andere Hände. Die entsprechenden Fraktionen haben in ihren Sitzungen jeweils einstimmig Stadtrat Christian Rupp als Nachfolger für die CDU-Fraktion, Stadtrat Frank Volk für die Fraktion der Freien Wähler gewählt.

Anschließend sprechen die Fraktionen den ausgeschiedenen Mitgliedern ihren Dank aus – jeweils zu den Mitgliedern ihrer Fraktion – und überreichen Abschiedsgeschenke:

Stadtrat Rehberger dankt Herrn Hermann Streib für die Zurverfügungstellung seines Fachwissens im technischen Bereich, das auch den Fraktionssitzungen sehr zugute gekommen sei.

Stadträtin von Reumont dankt Frau Hohlwein für ihre Bereitschaft, ihre politische Arbeit im Ortsverein durch die Arbeit im Gemeinderat zu erweitern – sie habe dafür privat viel zurückstecken müssen.

Stadträtin Oppelt dankt Herrn Alexander Fischer für sein Engagement im Gemeinderat und spricht Bedauern aus, dass seine zeitliche Inanspruchnahme ihm nicht mehr erlaubt habe, wieder zu kandidieren.

Stadtrat Klaus Rupp bedauert, dass die 39-jährige Erfahrung von Herrn Lothar Eisenhauer am Sitzungstisch fehlen werde. Er charakterisiert die Kommunalpolitik als eine Arbeit, die sich im Spannungsfeld zwischen dem Wünschenswerten und dem Machbaren bewegt. Die Bedeutung dieser Arbeit werde erst bewusst, wenn man sich klar mache, dass es die kommunalpolitischen Entscheidungen sind, die die größte, unmittelbar spürbare Auswirkung auf das Leben der Bürger und deren Lebensqualität haben. Nirgends sonst gebe es so große Nähe zwischen den politisch Entscheidenden und der Bürgerschaft. Mit Lothar Eisenhauer verliere man am Sitzungstisch einen überaus engagierten, verantwortungsbewussten Gemeinderat.

Stadtrat Schimpf dankt Herrn Jens Hertel – die Fraktion habe sich gewünscht, Jens Hertels Sachverstand weiterhin für das Gremium zu erhalten, ihn daher als stellv. Mitglied für den Ausschuss für Bau, Umwelt und Verkehr aufgestellt. Jens Hertel sei ein begnadeter Stadtfotograf, und großer Internetexperte, der sich nicht mit oberflächlichen Hinweisen zufrieden gab, sondern sich in die Details vertiefte und schon oft im Internet interessante Aspekte und Lösungen gefunden habe.

Stadträtin Groesser lobt die Pionierarbeit, die Herr Thomas Schmitz-Günther für die Arbeit der Grünen geleistet habe. Von Beginn an habe er sich stark gemacht für eine umweltgerechte Stadtentwicklung und eine Stärkung des Neckargemünder Handwerks. Er sei stets ein Kämpfer für solide und nachhaltige Haushaltspolitik gewesen, mit einem besonderen Augenmerk auf die kostenrechnenden

Einrichtungen. Fehlen werde nun sein guter Ein- und Überblick über den städtischen Haushalt und seine exzellente Kenntnis der Neckargemünder Historie in der Stadtpolitik. Seine Arbeit habe sich ausgezeichnet durch großen Sachverstand und Weitblick, das Verständnis für große Sachzusammenhänge. Auch habe er stets Wert auf einen fairen Umgang mit den Gremiumskollegen und dem Bürgermeister gelegt. Die Rede ist dem Protokoll als Anlage beigegeben.

Herr Eisenhauer dankt für seine Laudatio und verabschiedet sich mit einer Rede, in der er die 39 Jahre seiner Gemeinderatsarbeit Revue passieren lässt. Die Rede wird dem Protokoll als Anlage beigegeben. Er dankt dem Bürgermeister für die gute Zusammenarbeit, seiner Familie für die Unterstützung, sowie der Verwaltung, den Ortsvorstehern und den Gremiumskollegen für die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

3.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat würdigt die Verdienste der ausgeschiedenen Mitglieder. Sie werden vom Bürgermeister verabschiedet.

4: **Verpflichtung der am 25. Mai 2014 gewählten Mitglieder des Gemeinderats**

4.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigegeben.

4.2: **Beratung:**

Der Bürgermeister verpflichtet die Mitglieder des neuen Gemeinderates mit Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten. Jeweils einzeln treten sie vor, sprechen die Verpflichtungsformel

„Ich gelobe während meines Amtes als Stadtrat der Stadt Neckargemünd Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Stadt gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das ihrer Einwohner nach Kräften zu fördern.  
So wahr mir Gott helfe (oder:“ Auf Ehre und Gewissen“).

und unterzeichnen ihre Verpflichtungsurkunden.

4.3: **Beschluss:**

Der Bürgermeister nimmt die Verpflichtung der Mitglieder des neu gewählten Stadtrates vor.

5: **Wahl der Mitglieder und Stellvertreter der gemeinderätlichen Ausschüsse**

5.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigegeben. Frau Polte erläutert die rechtlichen Rahmenbedingungen und führt durch die einzelnen Vorschläge der Fraktionen für die neue Ausschussbesetzung. Die aktuellen Vorschläge werden als Tischvorlage verteilt.

5.2: **Beratung:**

Die Mitglieder des Gemeinderates einigen sich darauf, dass die im Gemeinderat vertretenen Parteien und Wählervereinigungen entsprechend ihres Stärkeverhältnisses im Gemeinderat in den Ausschüssen vertreten werden.

Über die Vorschläge zur Ausschussbesetzung entscheidet der Gemeinderat jeweils separat zu jedem Ausschuss in offener Wahl.

Für den Ausschuss für Städtepartnerschaften benennt die CDU als sachkundige Bürger Frau Susanne Schweinfurth und Herrn Rainer Bauder.  
Stadträtin Oppelt korrigiert den Namen des stellvertretenden Mitglieds für Stadträtin Ute Kaltschmidt: statt „Patrick“ muss es „Paul“ Oppelt heißen.

Die Mitglieder des Ausschusses für die Regelung von Streitigkeiten zwischen den Stadtteilen werden vorbehaltlich der noch ausstehenden Besetzungsvorschläge für den Stadtteil Mückenloch (der TOP wird in Mückenloch erst am 18.07. im Ortschaftsrat besprochen) sowie der Wahl eines zweiten Kandidaten aus dem Ortschaftsrat Waldhilsbach (wurde bei der gestrigen Wahl vergessen) gewählt. Die Besetzung des Ausschusses zur Regelung der Streitigkeiten ist daher erneut auf die Sitzung des nächsten Gemeinderates zu nehmen.

Für die vom Gemeinderat eingesetzten Kommissionen sind noch nicht alle Vertreter benannt. Die Fraktionen ergänzen folgende Vertreter:

**Kommission „Archiv“**

CDU: wird von Stadtrat Rupp nachgereicht  
FW: StR Volk  
Grüne: StR Schwenk.

**Kommission „Mehrgenerationenspielplatz“**

Grüne: StR Wagenpfeil.

**Kommission „Parkraumbewirtschaftung“**

Im Gremium entsteht Einigkeit, dass die Kommission jeweils 2 Vertreter jeder Fraktion umfassen soll.  
CDU: StR Klaus Rupp, StR von Reumont  
FW: StR Volk, StR Wachert  
SPD: StR Keller (Herr Hertel bereits benannt)  
Grüne: StR Katzenstein, StR Groesser.

**Kommission „ÖPNV“ / Linienbündel:**

CDU: StR Harant, StR Kaltschmidt  
FW: wird von Stadtrat Volk nachgereicht.

5.3: **Beschluss:**

Im Wege der Einigung beschließt der Gemeinderat durch offene Akklamation einstimmig folgende Ausschuss-Zusammensetzung:

**Hauptausschuss**

Fraktion	Mitglied	Vertreter/in
Vorsitz	Bürgermeister Horst Althoff	
CDU	StR Christian Rupp	StR Klaus Rupp
	StR Anne von Reumont	StR Claudia Harant
SPD	StR Karl Albert Schubert	StR Dietmar Keller
	StR Winfried Schimpf	StR Joachim Bergsträsser
FW	StR Frank Volk	StR Jürgen Rehberger
	StR Giuseppe Fritsch	StR Karlheinz Streib
Grüne	StR Hermann Katzenstein	StR Petra Groesser

**Ausschuss für Bau, Umwelt und Verkehr**

Fraktion	Mitglied	Vertreter/in
Vorsitz	Bürgermeister Horst Althoff	
CDU	StR Klaus Rupp	StR Claudia Harant
	Uwe Schreider	StR Christian Rupp
	StR Brigitte Oppelt	Diana Fischer
	StR Ute Kaltschmidt	Waldemar Schneider
SPD	Jürgen Thäder	StR Karl Albert Schubert
	StR Joachim Bergsträsser	OR Markus Lehn
	StR Walter Berroth	StR Winfried Schimpf
	StR Lilli Betke-Hermann	Jens Hertel
FW	StR Giuseppe Fritsch	OR Jürgen Maurer
	StR Martin Holschuh	StR Jürgen Rehberger
	Dr. Manfred Rothe	StR Steffen Wachert
	StR Stephanie Streib	Hermann Streib
Grüne	StR Petra Groesser	StR Thomas Schwenk
	StR Désirée Endler	StR Lena Wagenpfeil
	Thomas Schmitz-Günther	StR Hermann Katzenstein

**Ausschuss für Städtepartnerschaften**

Fraktion	Mitglied	Vertreter/in
Vorsitz	Bürgermeister Horst Althoff	
Als Sachkundige wider-ruflich berufen	Bürgermeister i.R. Oskar Schuster Frau Rosemarie Otruba Frau Thérèse Jolis-Hoffmann	
CDU	Lothar Eisenhauer	StR Christian Rupp
	StR Brigitte Oppelt	Hans-Peter Ziegler
	StR Ute Kaltschmidt	Paul Oppelt
	Ursula Hohlwein	StR Klaus Rupp
Als Sachkundige wider-ruflich berufen	Rainer Bauder Susanne Schweinfurth	
SPD	StR Walter Berroth	Anna Oehne-Marquard
	Brigitte Fischer-Kaufmann	Gudrun Finger-Bergsträsser
	Jens Hertel	Renate Wacker
	StR Karl Albert Schubert	Oliver Reck
Als Sachkundige wider-ruflich berufen	StR Joachim Bergsträsser StR Winfried Schimpf	
FW	StR Giuseppe Fritsch	StR Steffen Wachert
	StR Stephanie Streib	Michaela Schäfer
	Ulrike Delacroix	Dr. Herbert Heiligers
	Ingrid Schmitt	StR Frank Volk
Als Sachkundige wider-ruflich berufen	StR Martin Holschuh Dr. Manfred Rothe	
Grüne	StR Lena Wagenpfeil	StR Hermann Katzenstein
	StR Désirée Endler	Astrid Grallath-May
	Thomas Schmitz-Günther	Astrid Grallath-May
Als Sachkundige wider-ruflich berufen	Alexandra Inama-Knäblein Petra Kohl	

Vertreter des Gymnasiums	OStD Horst Linier Frau Annette Küper Frau Eva Beck Frau Britta Bohlig
Vertreter der Realschule	Realschulrektorin Marion Marker-Schrotz Frau Corinna Rodinger
Vertreter der Grundschule	Rektor Gerd Obermayer Frau Charlotte Schönhals

### **Ausschuss zur Regelung von Streitigkeiten zwischen den Stadtteilen**

Vorsitz	Bürgermeister Horst Althoff
Ortsvorsteher	Anne von Reumont Bernhard Hoffmann <i>OV Mückenloch (nach seiner Wahl)*</i>
Stadträte	StR Brigitte Oppelt StR Frank Volk StR Lilli Betke-Hermann
Ortschaftsräte Dilsberg	OR Ingrid Schmitt OR Monika Nohe-Weinert OR Anna Oehne-Marquard
Ortschaftsräte Mückenloch	... <i>Noch zu benennen</i> * ... ...
Ortschaftsräte Waldhilsbach	OR Christian Erles <i>CDU ... (1 Delegierter noch zu benennen) *</i> OR Britta Rupp

\* Die Besetzung des Ausschusses ist erneut auf die Sitzung des nächsten Gemeinderates zu nehmen, da in der Ausschussbesetzung noch die Ortschaftsräte von Mückenloch sowie ein/e Vertreter/in des Ortschaftsrates Waldhilsbach fehlt.

## 6: **Wahlen der städtischen Vertreter in überörtliche Gremien**

### 6.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Frau Polte erläutert die Vorlage kurz und führt durch die einzelnen Vorschläge der Fraktionen für die neue Ausschussbesetzung. Die aktuellen Vorschläge werden als Tischvorlage verteilt.

### 6.2: **Beratung:**

Die Mitglieder des Gemeinderates einigen sich darauf, dass die im Gemeinderat vertretenen Parteien und Wählervereinigungen entsprechend ihres Stärkeverhältnisses im Gemeinderat in den Ausschüssen vertreten werden.

Über die Vorschläge zur Ausschussbesetzung entscheidet der Gemeinderat jeweils separat zu jedem Ausschuss in offener Wahl.

### 6.3: **Beschluss:**

Im Wege der Einigung beschließt der Gemeinderat durch offene Akklamation einstimmig folgende Ausschuss-Zusammensetzung:

**Gemeindeverwaltungsverband Neckargemünd**

Fraktion	Mitglied	Vertreter/in
Vorsitz	Bürgermeister Horst Althoff	Von Verbandsversammlung zu wählen
CDU	StR Christian Rupp	StR Klaus Rupp
	StR Anne von Reumont	StR Claudia Harant
SPD	StR Dietmar Keller	StR Walter Berroth
	StR Winfried Schimpf	StR Joachim Bergsträsser
FW	StR Giuseppe Fritsch	StR Karlheinz Streib
	StR Jürgen Rehberger	StR Frank Volk
	StR Steffen Wachert	StR Stephanie Streib
Grüne	StR Petra Groesser	StR Thomas Schwenk
	StR Lena Wagenpfeil	StR Hermann Katzenstein

**Volkshochschule Neckargemünd-Eberbach e.V.**

Mitglied	Vertreter/in
Bürgermeister Horst Althoff	Stv. Bürgermeister
StR Claudia Harant	Ursula Hohlwein
StR Winfried Schimpf	StR Lilli Betke-Hermann
Regina Reinwald	Michaela Schäfer

**Musikschule Neckargemünd e.V.**

Mitglied	Vertreter/in
Bürgermeister Horst Althoff	Stv. Bürgermeister
StR Brigitte Oppelt	StR Claudia Harant
StR Joachim Bergsträsser	Jens Hertel
Michaela Schäfer	Ulrike Delacroix

**Orchesterschule Neckartal e.V.**

Mitglied	Vertreter/in
Bürgermeister Horst Althoff	Stv. Bürgermeister
StR Brigitte Oppelt	StR Claudia Harant
StR Joachim Bergsträsser	Jens Hertel
Michaela Schäfer	Ulrike Delacroix

**Abwasserzweckverband „Im Hollmuth“**

Mitglied	Vertreter/in
Bürgermeister Horst Althoff	Stv. Bürgermeister
Ortsvorsteherin Waldhilsbach Anne von Reumont	Stv. Ortsvorsteher/in Waldhilsbach

**Abwasserzweckverband Heidelberg**

Mitglied	Vertreter/in
Bürgermeister Horst Althoff	Stv. Bürgermeister
StR Martin Holschuh	StR Giuseppe Fritsch

## **Aufsichtsrat der Stadtwerke Neckargemünd GmbH**

Bürgermeister Horst Althoff
Stadtrat Christian Rupp
Stadtrat Karl Albert Schubert
Stadtrat Jürgen Rehberger
Stadträtin Petra Groesser

### 7: **Wahl der Stellvertreter des Bürgermeisters**

#### 7.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. In einer Tischvorlage (Anlage) werden Aktualisierungen verteilt.

#### 7.2: **Beratung:**

Der Gemeinderat entscheidet einstimmig, die Wahl offen per Akklamation durchzuführen. Jede Stellvertreterposition wird einzeln gewählt.

#### 7.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat wählt aus seiner Mitte einstimmig folgende Bürgermeister-Stellvertreter durch offene Wahl:

1. Stellv. Bürgermeister	StR Winfried Schimpf
2. Stellv. Bürgermeister	StR Jürgen Rehberger
3. Stellv. Bürgermeisterin	StR Anne von Reumont
4. Stellv. Bürgermeister	StR Hermann Katzenstein

### 8: **Wahl der Ortsvorsteher und deren Stellvertreter für die Stadtteile Dilsberg und Waldhilsbach**

#### 8.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

#### 8.2: **Beratung:**

Der Gemeinderat entscheidet einstimmig, die Wahl offen per Akklamation durchzuführen.

#### 8.3: **Beschluss:**

1. Der Gemeinderat wählt auf Vorschlag des Ortschaftsrates Dilsberg einstimmig Herrn Bernhard Hoffmann zum Ortsvorsteher des Stadtteils Dilsberg.
2. Der Gemeinderat wählt auf Vorschlag des Ortschaftsrates Dilsberg einstimmig Herrn Karlheinz Streib zum 1. stellvertretenden Ortsvorsteher des Stadtteils Dilsberg.
3. Der Gemeinderat wählt auf Vorschlag des Ortschaftsrates Dilsberg einstimmig Herrn Walter Berroth zum 2. stellvertretenden Ortsvorsteher des Stadtteils Dilsberg.

4. Der Gemeinderat wählt auf Vorschlag des Ortschaftsrates Waldhilsbach einstimmig Frau Anne von Reumont zur Ortsvorsteherin des Stadtteils Waldhilsbach.
5. Der Gemeinderat wählt auf Vorschlag des Ortschaftsrates Waldhilsbach einstimmig Frau Lillianne Linier zur 1. stellvertretenden Ortsvorsteherin des Stadtteils Waldhilsbach.
6. Der Gemeinderat wählt auf Vorschlag des Ortschaftsrates Waldhilsbach einstimmig Herrn Peter Gahn zum 2. stellvertretenden Ortsvorsteher des Stadtteils Waldhilsbach.

9: **Zensus 2011**  
**- Widerspruchsbescheid des Statistischen Landesamtes Baden-**  
**Württemberg vom 11. Juni 2014 – zugestellt am 12. Juni 2014**  
**- Information und weitere Vorgehensweise**

9.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Amtes für öffentliche Ordnung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Bürgermeister erinnert, die Stadt habe als Ergebnis des Zensus rund 1000 Bürger verloren, was sich in einem Verlust von ca. 500.000 Euro pro Jahr an Zuweisungen niederschlägt. Für das Jahr 2014 erhalte die Stadt bereits 50 % dieses Betrages weniger, 2015 75 %, ab 2016 werde der volle Betrag in Abzug gehen. Die Stadt habe Widerspruch gegen die Entscheidung eingelegt, dieser sei zurückgewiesen worden. Der Hauptausschuss habe in seiner letzten Sitzung beschlossen, zur Fristwahrung vorsorglich Klage zu erheben. Das Klageverfahren ruhe jedoch, bis über die Musterprozesse entschieden sei ( über den Städte- und Gemeindetag, die die baden-württembergischen Gemeinden vertreten, seien von Gemeinden verschiedener Größenordnungen Klagen als Musterklagen eingereicht worden). Für die Stadt entstehe durch die Klageerhebung kein Risiko, auch seien wenn überhaupt nur in sehr geringem Umfang Kosten zu erwarten: Der Streitwert betrage 5.000 Euro, d.h. Schätzkosten für die Gemeinde nur wenige Hundert Euro. Diesbezüglich werde der Gemeinderat auf dem Laufenden gehalten. Die Chance auf Erfolg sei nicht sehr hoch, jedoch solle man sich keine Chance verbauen. Daher habe sich der Hauptausschuss für die vorsorgliche Klageerhebung entschieden – nun müsse der Gemeinderat beschließen, ob er das mittrage, und die Verwaltung die Klage aufrechterhalten solle.

9.2: **Beratung:**

Stadträtin Wagenpfeil möchte wissen, ob auf die Stadt möglicherweise Kosten für in den vergangenen Jahren zu viel erhaltene Gelder zukommen. Dies wird vom Bürgermeister verneint.

Stadtrat Katzenstein und Stadträtin von Reumont wiederholen ihre ablehnende Haltung, die sie bereits im Ausschuss vorgetragen haben. Die Zensuszahlen seien eindeutig, und man solle sie akzeptieren.

Stadtrat Schimpf führt aus, die SPD betone schon seit Jahren, dass es in der Angelegenheit nicht nur um die Anzahl der Bürger geht, sondern um das grundsätzliche Problem, dass das Verhältnis der Finanzausweisungen Bund – Länder – Gemeinden nicht mehr stimmt. Man müsse den Zensus zum Anlass nehmen, um auch auf höherer Ebene nachzuhaken, damit die Finanzausstattung der Gemeinden überprüft wird. Er spricht sich für die Klageaufrechterhaltung aus, um die Chance zu wahren, wenn keine nennenswerten Kosten entstehen.

Ein möglichst einheitliches Abstimmungsbild im Gemeinderat sei wünschenswert, um gegenüber dem Land entschieden auftreten zu können.

Stadtrat Karlheinz Streib befürchtet finanziellen Schaden für die Stadt, wenn die Klage zurückgenommen wird.

9.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, bei 4 Enthaltungen, die Klage beim Verwaltungsgericht Karlsruhe aufrechtzuerhalten.

Vor Aufruf des nächsten TOPs verlässt Stadtrat Rehberger wegen Befangenheit (seine Schwägerin ist Eigentümerin eines Grundstückes im Gebiet) den Sitzungstisch und nimmt im Zuhörerraum Platz.

Auch Stadtrat Katzenstein, Angrenzer des Bebauungsplangebietes, verlässt wegen Befangenheit den Sitzungstisch. Er bittet, seine vermutete Befangenheit als Angrenzer des Bebauungsplangebietes kommunalrechtlich zu prüfen.

10: **Bebauungsplan „Jakobs- und Spitalgasse“  
Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch**

10.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Bauamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Bürgermeister erläutert kurz, dass die Aufstellung eines Bebauungsplanes die einzige Möglichkeit ist, den Einfluss des Gremiums auf die Entwicklung des Areals zu sichern, da ab Aufstellungsbeschluss für die Stadt die Möglichkeit besteht, eine Veränderungssperre zu beschließen.

10.2: **Beratung:**

Stadtrat Schubert spricht sich für die Bebauungsplanaufstellung aus – die Erfahrungen der Vergangenheit hätten gezeigt, dass die diversen anderen Instrumente (etwa Altstadtsatzung) nicht mehr so greifen, wie sie sollen. Der Bebauungsplan sei die einzige Möglichkeit, mit der der Gemeinderat seine Auffassungen durchsetzen könne.

10.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig gem. § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes „Jakobs- und Spitalgasse“ gem. § 8 BauGB i.V.m. § 13 a BauGB im beschleunigten Verfahren.

Der vorgesehene Geltungsbereich umfasst den Bereich zwischen Jakobsgasse und Spitalgasse und wird begrenzt

- im Norden durch die Jakobsgasse
- im Westen durch die Kleppergasse
- im Süden durch die Spitalgasse
- im Osten durch die Hauptstraße

und umfasst die Flurstücke Nr'n.: 302, 303, 304, 304/1, 305, 306, 305/1, 305/2, 312, 313, 314. Der Geltungsbereich ergibt sich abschließend aus dem beigefügten Lageplan (siehe Gemeinderatsvorlage zum TOP), der Bestandteil dieses Beschlusses ist.

- 11: **Gemeindeverwaltungsverband**  
**- Vorberatung der Tagesordnung der Verbandsversammlung am 23. Juli 2014**  
**1. Genehmigung des Protokolls Nr. 1/2014 vom 8. Januar 2014**  
**2. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2014**  
**3. Feststellung der Jahresrechnung 2013**

- 11.1: **Sachvortrag:**  
Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Bürgermeister erläutert, dass die ursprünglich für die erste Jahreshälfte vorgesehene Sitzung der Verbandsversammlung auf November verschoben werden musste. Die Rechtsaufsichtsbehörde habe kritisiert, dass der Haushalt für das laufende Jahr nicht erst so kurz vor Rechnungsschluss beschlossen werden dürfe. Daher habe die Verwaltung noch vor der Sommerpause eine Sondersitzung allein für den Haushalt eingeschoben. Herr Arnold geht kurz auf die Eckdaten des Gemeindeverwaltungsverbands-Haushalts ein.

- 11.2: **Beratung:**  
Es werden keine Wortmeldungen gewünscht.

- 11.3: **Beschluss:**  
Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt folgendes Abstimmungsverhalten der Stadt Neckargemünd in der Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbandes Neckargemünd am 23. Juli 2014:

TOP	Beratungsgenstand	Zustimmung	Ablehnung
1.	Genehmigung des Protokolls Nr. 1/2014 vom 08.01.2014	einstimmig	
2.	Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2014	einstimmig	
3.	Feststellung der Jahresrechnung 2013	einstimmig	

## 12. **Verschiedenes**

### **Zögerliche Bearbeitung von Störmeldungen an die SÜWAG**

Stadtrat Ch. Rupp nimmt Bezug auf einen Leserbrief im „Neckarboten“ – man habe verschiedentlich die Erfahrung gemacht, dass Störmeldungen an die SÜWAG, etwa bezüglich nicht funktionierender Straßenlaternen, nur sehr zögerlich bearbeitet werden. Die Verwaltung solle schriftlich nachhaken. Frau Lutz beantwortet, dies sei schon geschehen. Der Bürgermeister ergänzt, die Straßenbeleuchtung sei grundsätzlich im Zuständigkeitsbereich der Stadtwerke – auch diese bemühen sich um Verbesserung.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen  
Stadtrat Klaus Rupp

Die Schriftführerin

Stadtrat Holschuh